

# Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.  
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.  
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:  
J. W. Beck'sche Buchdruckerei  
Dito Beck.

Inserate: Kleine Beizeile 20 Pfg.  
Fernruf: Nr. 20.  
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 271.

Montag, den 18. November 1918.

75. Jahrgang.

## Ruinen und neues Leben.

Das monarchische Deutschland liegt in Trümmern. Diese Tatsache kann niemand mehr verkennen. Wie immer man fühlen und denken mag, das Trümmerfeld der Monarchie liegt vor unseren Augen, und wir müssen uns damit abfinden, ganz gleich, mit welchen Empfindungen wir das tun.

Der letzte deutsche Fürst hat abgedankt. Nicht an einer einzigen Stelle im Reich hat sich ein Widerstand von Monarchisten gegen diese Umwälzung gezeigt. Auch das ist eine Tatsache, die sich nicht nur uns überwältigend aufdrängt, sondern die auch unser Urteil über den Vorgang bestimmen muß. Als in Rußland die Monarchie zusammenbrach — unter ganz ähnlichen Umständen wie bei uns — haben nicht wenige die Meinung geäußert, die deutsche Monarchie, verankert nicht nur im deutschen Kaiserthum, sondern auch in zwei Duzend Einzelstaaten, werde auch bei einem unheilvollen Kriegsausgang gegen revolutionäre Bewegungen eine sehr viel stärkere Widerstandskraft beweisen. Das Gegenteil hat sich gezeigt: weder die Monarchen selbst, noch ihre Anhänger im Reich, noch die Armeen haben die geringste Anstrengung gemacht, gegen den jähen Zusammenbruch sich anzulehnen.

Als dem Deutschen Kaiser die Abdankung zuerst nahegelegt wurde, damit er so für seinen Enkel den Thron rette, weigerte er sich mit den Worten: Ich habe meine Krone von Gott, nur Gott kann sie mir nehmen. Mein Volk und meine Armeen stehen hinter mir. Welch ein Irrtum! Der Kaiser mußte einige Wochen danach Zuflucht in Holland suchen, offenbar doch deshalb, weil er sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlte. Es gibt also keinen Deutschen Kaiser mehr und keinen deutschen Fürsten, und niemand glaubt wohl noch, daß es je wieder eine deutsche Monarchie geben wird.

Solchen Umwälzungen gegenüber muß das Gefühl schweben, das etwa den alten Zuständen nachtrauert. Nur der Verstand, das vernünftige Urteil darf zu Worte kommen. Die Vergangenheit ist vergangen, und der Blick darf nur noch auf die Gegenwart gerichtet sein, unsere Wünsche, unsere Entschlüsse auf die Zukunft. Das neue Leben, das vor uns liegt, fordert seine Rechte und unsere Entschlossenheit.

Die answärtige Lage des Deutschen Reiches ist zum Erbarmen traurig. Wir sind durchaus der Gnade und der Ungnade der Nationen preisgegeben, die gegen uns machen können, was sie wollen. Auch dies ist eine Tatsache, und sie wird von allen ohne Ausnahme in Deutschland bitter empfunden. Auch hier darf aber der Verstand sein Recht fordern, und er belehrt uns, daß unsere auswärtigen Beziehungen, wenn man sich so noch ausdrücken darf, unser Verhältnis zu unseren Feinden durch die Revolution ganz erhebliche Verbesserungen schon erfahren hat und weitere verspricht. Selbstverständlich fehlt es bei unseren Feinden nicht an rachsüchtigen, eroberungslustigen Leuten, die uns nicht nur so viel wie möglich abnehmen, sondern uns darüber hinaus in Abhängigkeit versetzen möchten. Aber diese Feindschaft hat nicht mehr das Düstere in der Hand. Der Umkreisung ist unerkennbar, und die Stimmen, gewichtige, mehren sich und werden stärker, die uns die Hand der Veröhnung entgegenzustrecken verlangen. Ein geschickter Unterhändler wird aus diesen Worten sehr viel für uns münzen können; er wird in einer ganz ebenso vorteilhaften Lage sein, wie der französische Staatsmann Talleyrand vor einem Jahrhundert, als in Frankreich nach der Unterbrechung eines Vierteljahrhunderts die Monarchie restauriert war und sich dem Schutze des monarchischen Regierens auf dem Wiener Kongreß mit so großem Erfolge empfehlen konnte, daß Generale und Staatsmänner der damals siegreichen Verbündeten ärgerlich ausriefen, Frankreich gehe als Sieger aus den Friedensverhandlungen hervor.

Daß der neue Zustand bei uns im Innern ungeheuren Schwierigkeiten begehnet und neue hervorgerufen wird, ist leider unverkennbar. Einstweilen beruht die neue Ordnung auf dem entschlossenen Willen der Soldaten. Sie haben die Parteien zur Verständigung gezwungen, aus deren Mitgliedern die neue Regierung in Berlin zusammengesetzt ist. Zwischen diesen Parteien bestanden und bestehen Gegensätze von einer Tragweite, die kaum geringer ist, als der Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik, zwischen der alten und der neuen Staatsordnung in Deutschland. Wäre dieser Gegensatz mit Gewalt zum Austrage gebracht worden, so würden wir jetzt in einem Chaos leben. Dies verhindert zu haben, ist das Verdienst unserer revolutionären Soldaten.

Die Soldaten haben sich auch mit großer Entschlossenheit als Vertreter des Willens aufgeworfen, die Entscheidung über die neue Staatsordnung in die Hände des Volkes zu legen durch die schleinige Berufung einer verfassunggebenden Volksvertretung, einer konstituierenden Nationalversammlung, kurz ausgedrückt: einer Konstituante.

Ihre Berufung muß die Lösung aller Vernünftigen sein. Sie ist jetzt die Parole der neuen Ordnung und sicher die der ungeheuren Mehrheit der Nation. Wo immer Männer miteinander reden über den Zustand des Vaterlandes, werden sie über alle Gegensätze hinweg einig sein müssen in der Forderung, daß so schnell wie möglich eine Konstituante gewählt wird, die neue Ordnung begründet und sie gegen Ruch und Chaos sichert. Das staatsrechtliche Grundprinzip jeder Demokratie ist der Wille der Mehrheit der Nation; mit diesem Prinzip steht und fällt sie.

Die beiden größten Schwierigkeiten der nächsten Wochen sind die Ernährung der Großstädte und die Regelung der Heimkehr unserer Soldaten. Diese wird sich nicht immer und überall in glatter Ordnung vollziehen. Eine ungeordnete Ansammlung von Soldaten in den Hauptstädten birgt Gefahren in sich, deren Größe

raum überschätzt werden kann. Bewältigt die neue Regierung mit Hilfe der Soldatenräte diese Gefahren, dann ist sie über den gefährlichsten Berg hinüber.  
Die politische Schulung der deutschen Nation würde dann eine glänzende Probe bestanden haben.

## Deutscher Protest an Marshall Foch. Ausschreitungen der belgischen Bevölkerung. Berlin, 16. November.

Der französische Oberbefehlshaber Marshall Foch hatte befallig an die deutsche Oberste Heeresleitung ein Telegramm gerichtet, in dem Beschwerde erhoben wurde wegen angeblicher Gewalttätigkeiten deutscher Truppen in Belgien. Bei Nichtabstellung dieser Handlungen würde die Heeresleitung der Alliierten selbst Anordnungen treffen müssen. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf erwidert:

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder aufs eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausbleiblich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der Alliierten Heeresleitung zu. — Gegen die zu unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der Alliierten Heeresleitung ihre wirksame Maßnahmen zum Schutze der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht einschließt.

Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

## An das Volk!

Aufruf redender und bildender Künstler.

Ein von Gerhart Hauptmann verfaßter, von sechzig bekannten redenden und bildenden Künstlern Deutschlands unterschriebener Aufruf geht uns zur Veröffentlichung zu:

Es ist an der Menschheit in einem ungeheuren Maße gesündigt worden. Die zivilisierte Welt wurde zum Kriegslager und zum Schlachtfeld. Millionen der besten Söhne aller Völker ruhen in Gräbern. Die Gefallenen, brüderlich vereint, sind friedlich und still. Auch bei uns hat der Waffenkampf aufgehört, nicht aber der Kampf um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Dieses Volkes, das einer künftigen gerechten Zeit in einer Glorie erscheinen wird. Wir Gestalter mit Meißel, Palette und Feder, wir Baumeister und Künstler, Männer und Frauen, die wir vor allem Menschen und von ganzer Seele Deutsche sind, zweifeln nicht daran: unser Volk, unser Land wird bleiben und wird nicht untergeben. Aber wir leben Volk und Land gerade jetzt auf die schwerste Probe gestellt. Es kommt darauf an, sie zu bestehen. Wir haben es schauernd erlebt, daß der Tod nicht fruchtbar ist. Die Liebe aber ist fruchtbar und schaffend, und sie strömt nur aus einem wachen Herzen. Laßt uns also nicht nur unser Brot mit den Brüdern teilen, die aus dem Felde heimkehren, wir wollen ihnen auch unsere wachen Herzen entgegenbringen. Es ist endlich Zeit, daß eine große Welle der Liebe die verheerende Woge des Hasses abfesse. Mit einer klaren und furchtbaren Laute wurde, man möchte sagen, menschliches Vliesen durch göttliches erlöst. Aber obgleich es so ist und obgleich vor der Gewalt diese so bewirkte Umwandlung jedes Volkes zu verbrechlich erscheint, erkennt doch der Sehende schon in dem, was sich gleichsam von selbst an neuer Form durchgerungen hat, das alte kraftvoll-befohlene Wesen des Deutschen unverfehrt. Und wer lebt, wird in nicht allzu langer Zeit — dessen sind wir gewiß — den deutschen Boden reicher als je in Blüte sehen. Seit einem Jahrtausend hat die deutsche Nation nichts erlebt, was an Bedeutung dem Ereignis der letzten Tage gleichzusetzen wäre. Wer es versteht, der fühlt seine unergleichen Macht. Seine Bedeutung ist unendlich viel tiefer, und es kommt auch aus ganz anderen Quellen her, als vielleicht jene meinen, deren weltgeschichtliche Bildet es ward, es äußerlich zu vertreten. Wer wollte sich dieser eifernden Bestimmung entgegensetzen? Deut hat das Volk sein Geschick in die Hand genommen. Keiner wird jetzt zurücktreten, dessen Kräfte im Nationaldienst verwendbar sind. Auch die neue Regierung möge mit uns rechnen, wo sie unser Völkchen für erpöcklich hält. Keiner von uns wird zögern, im Wohlhabensdienste des Friedens das Seine von Herzen und nach Kräften zu tun.

## Aufruf für eineürgerlich-demokratische Partei.

Berlin, 16. November.

Das erwachende Bewußtsein des Bürgertums, es dürfe nicht tatenlos der gewaltigen Erneuerung unserer ganzen innerpolitischen Struktur zusehen, tritt in mancherlei Rundebungen vor die Öffentlichkeit. Führende Mitglieder der Hauptverbände und Fraktionen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei haben sich auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzen einen Ausschuss ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellen und die Grundzüge zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenfassung der beiden liberalen Parteien schaffen soll. Außerdem erscheint ein mit zahlreichen Unterschriften versehenen Aufruf, der zur Gründung der großen demokratischen Partei für das ganze Reich auffordert. Bei den Unterschriften finden sich auch diejenigen des bisherigen Vizepräsidenten des Reichstages Dove, des preussischen Handelsministers Fischel, der bisherigen Reichstagsabgeordneten Botheim, Zund, Riepmann, List, v. List und v. Richthofen.

Keine Beschlagnahme von Guthaben. — Starke Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen.

Der unsinnigen Auffpeicherung von Banknoten und Zahlungsmitteln, die gegenwärtig floriert und die bekannten Mißstände im Geldumlauf hervorgerufen hat, wurde schon mehrmals entgegengetreten. Da aber die Verhältnisse noch immer andauern, wendet sich die Reichsregierung nochmals entschieden gegen die verbreiteten Gerüchte, indem sie gleichzeitig darauf hinweist, welche Pläne zur Deckung der kommenden großen Ausgaben erwogen werden. Die Regierungserklärung sagt:

Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorkäufen an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen. 2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen. 3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegbeschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Ferner trifft die Regierung die mit Gesetzeskraft wirkende Bestimmung, daß die bisherigen Vorschriften über die Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt werden, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuererklärung 80% des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Reingewinns einzustellen haben.

## Der Reichstag tritt nicht mehr zusammen.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat an das regierende Kabinett eine Depesche gefandt des Inhalts: „Gedenkt die Reichsleitung, gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?“ Das Kabinett erwiderte:

„Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaiserthums als auch des Bundesrats in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammengetreten. Ebert. Haase.“

Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

## Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

Für das Reich und Preußen.

Berlin, 16. November.

Wie der Vorwärts meldet, wird der Entwurf des Wahlgesetzes für die verfassunggebende Nationalversammlung noch im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt. Mit dem preussischen Minister des Innern ist eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung Geltung haben soll.

Die konstituierende Nationalversammlung wird nach den Absichten der Regierung, wie verlautet, so schnell wie möglich einberufen werden. Dem Vernehmen nach ist in der Reichsleitung kein Mann, der das Verlangen hat, an die Stelle der Nationalversammlung irgendetwas anderes zu setzen. Wie man hört, hat insbesondere der Volksbeauftragte Dr. Landsberg erklärt, daß er mit der Nationalversammlung stehe und falle, und daß er der Ansicht sei, daß seine sämtlichen Kollegen auf diesem Standpunkt ständen. Es sind natürlich umfassende Vorbereitungen notwendig, da auch die Soldaten an der Wahl teilnehmen sollen.

Berlin, 16. Nov. (WB) Wie die Blätter melden, gibt der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung als Termin für die Aufhebung der Wahllisten den 2. Januar 1919 und als Wahltag den 2. Februar 1919 an. Der Entwurf sei gestern fertiggestellt und bereits gestern nachmittag von der Reichsregierung durchberaten worden. Es sei nicht unmöglich, daß diese noch größere Abänderungen an ihm vornimmt.

## Die Kompetenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 15. Nov. Das Ministerium des Innern teilt mit:

Durch den oben veröffentlichten Rundschreiben an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß Vertreter der Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernrats als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben und, vorbehaltlich der Vereinbarungen im einzelnen, bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. — Soweit die Verwaltungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widersetzen, liegt kein Anlaß vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihre Ämter zu entsetzen. Gleichwohl laufen fortgesetzt Meldungen über eine derartige Behinderung oder Amtsentsetzung ein. Hier fordern wir gründliche und baldige Remedur. Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Ge-

Jamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksernährung entstehen kann. An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung, den von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte wieder zu ermöglichen. — Glaubt der Arbeiter- und Soldatenrat bezw. Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem Ministerium des Innern vortragen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preussischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von den örtlichen Arbeiter- und Soldaten- bezw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

Berlin, 16. Nov. (WB) Im Anschluß an die Verfügung der preussischen Regierung vom 14. d. M. über die Zuständigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines U- und S-Rates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem U- und S-Rat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Berlin, den 16. November 1918.

Die Preussische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Berlin, 16. Nov. (WB) Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.

Durch einen Erlaß der preussischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dieses ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt. Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegen revolutionäre Bestrebungen bezeugen, sind durch die zuständigen Arbeiter- und Soldatenräte unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizugeben, denen die selbständige Ueberwachung aller Maßnahmen obliegt. Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates, Mollenhuth, Rich. Müller.

Berlin, 15. Nov. (WB)

1. An jeden am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann soll verabsolgt werden:

- a) Unentgeltlich ein Entlassungsanzug (soweit Vorrat reicht Zivil, sonst Uniform),
- b) Ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mark und als Marschgeld soweit Marschgebühren zuzuständig sind, vom Truppenteil ein Pauschbetrag von 15 Mark.

2. Verabsolgerung von 1b wird abhängig gemacht von ordnungsmäßiger Entlassung. Dazu gehört:

- a) Abgabe noch im Besitz befindlicher Waffen und Munition,
- b) Empfangnahme der Entlassungspapiere,
- c) Anerkennung der Stammtafel.

Wohre, Unterstaatssekretär. Scheid, Kriegsminister.

Wahrn gegen sofortige Sozialisierung.

In einer Proklamation der Regierung des bayerischen Volksrates, welche die verschiedenen Reformpläne behandelt, heißt es u. a.:

Wir sprechen in vollkommener Offenheit aus, daß es und unmöglich scheint, in einer Zeit, in der die produktiven Kräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gemeinschaft sofort überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Ferner scheint es und unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerbund der Weltideokratie sich gebildet hat, der entscheidende Einfluß der in neuer Macht auferstandenen proletarischen Internationale in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann.

### Programm der Regierung des bayerischen Volksstaates.

In einem Aufruf der Regierung des bayerischen Volksstaates heißt es u. a.: Die revolutionäre Regierung des Volksstaates Bayern buhlt nicht um die Gunst des Volkes. Sie unterstellt sich der freiesten Kritik, sie will nur nach ihren Handlungen beurteilt sein. Wir beabsichtigen nicht, die Presse unmittelbar oder mittelbar zu beeinflussen. Wir werden kein Regierungsblatt haben. Die Presse soll damit ihrem heiligen Berufe wiedergegeben werden, dem sie sich so schmachlich entfremdete.

Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen werden erheblich gemildert. Clemenceau spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen, Amerika sendet Lebensmittel und erleichtert dadurch den Uebergang zum Frieden. Wir hoffen, daß es uns gelingt, die Zufuhr von Rohstoffen zu gewinnen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine einige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, daß die Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unausschiebbar ist. Wir sind ferner entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, ohne dabei die Freiheit und Selbständigkeit Bayerns anzutasten. In der innern Politik Bayerns streben wir die rascheste Durchführung der lebendig tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung, die so schnell wie möglich einberufen werden soll, zusammentritt, muß diese Demokratisierung erreicht sein. Neben dem provisorischen Zentralparlament und dem in der Regierung verkörperten revolutionären Vollzugsausschuß sollen alle einzelnen Verbände und Berufe der Bevölkerung in aller Öffentlichkeit ihr eigenen Angelegenheiten erörtern können. Das Deutsche Theater zu München soll der Sitz dieses neuen Parlaments sein. Alle Berufsgruppen sollen sich in diesem freien Parlament zu Räten zusammensetzen und ihre Angelegenheiten erörtern. Ganz besondere Hoffnungen hegen wir für die Entwicklung des bayerischen Bauernbundes. Ein neues Geschlecht, freier, auf seiner Scholle arbeitender Bauern wird entstehen und wird gemeinsam mit der Bevölkerung der Städte am allgemeinen Wohle mitarbeiten.

Das Ministerium des Innern wird vor allem die Lebensmittelversorgung sichern und vervollkommen, die Produktion fördern und den Schleichhandel unterbinden. Der Wucher wird rücksichtslos bekämpft. Die Gendarmerie soll in ein bürgerliches Institut umgewandelt werden. Für die Organisation der Demobilisierung wurden alle Vorbereitungen getroffen. Die solange verzögerte Elektrifizierung der Wasserkräfte wurde begonnen, die Regierung wird volle Freiheit der Religionsgesellschaften und Ausübung ihres Kultus gewährleisten. Die akademische Lehrfreiheit wird gesichert. Wir fordern gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche, das Zivil- und Strafrecht wird nach sozialen Grundfragen neu aufgebaut. Sowohl im Reich wie in den Bundesstaaten werden wir zu einem einheitlichen Steuersystem kommen müssen, das im weitgehendsten Maße die leistungsfähigen Schultern belastet, die Demokratisierung der Armee wird unverzüglich zur Durchführung gelangen. Eine umfassende Amnestie für alle militärischen Vergehen und Verbrechen steht bevor, im Verkehrswesen werden die Wagenklassen verringert, die

Postfreiheit wird aufgehoben und die Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonartefen werden im Sinne weitgehender Vereinfachung umgestaltet.

In sozialer Hinsicht wird für umfassende Arbeitsbeschaffung der entlassenen Kriegsteilnehmer gearbeitet, der Achtstundentag eingeführt und der Arbeiterschutz und das Wohnungswesen ausgebaut werden. Es soll ein landwirtschaftliches Ministerium gebildet werden, in dem die Bauern durch den Bauernrat ihre Angelegenheiten.

### Verschiedene Meldungen.

Oldenburg, 16. Nov. 5000 Besucher des ersten oldenburgischen Bauerntages beschlossen im Einverständnis mit dem Landesdirektorium einstimmig die Ergänzung der Soldatenräte durch Bauernräte.

Berlin, 16. Nov. Der zur Mitteilung im preussischen Kultusministerium berufene Sozialdemokrat Konrad Hantsch erklärte in einer Rede, daß Kultusministerium solle zu einem wirklichen Kultusministerium umgewandelt werden, und zwar mit Unterordnung der gesamten Intelligenz des Landes, wobei die politische Schattierung nicht in Frage komme.

Wilhelmshaven, 15. Nov. (WB) In einer Versammlung der U-Bootsbesatzungen wurde eine Entschlüsselung einstimmig angenommen, in der es heißt:

Die gesamten Mannschaften der U-Bootsflottilien sind sich der ernsten Lage des Vaterlandes bewußt. Nachdem sie heldenmütig 50 Monate in Not und Entbehrung für ihr Vaterland gekämpft haben, werden sie auch den letzten und schwersten Dienst dem Vaterlande nicht versagen. Sie werden sämtliche U-Boote dorthin bringen, wohin sie Befehl erhalten. Wir setzen volles Vertrauen in unseren Soldatenrat, und werden seinen Anordnungen voll und ganz Folge leisten.

Ferner liegen hier zahlreiche freiwillige Meldungen zur Besetzung der Kieler Boote vor, sodaß im Falle der Not ein Teil der Kieler Boote von hier besetzt werden kann. Soldatenrat der U-Bootsflottilien.

Haag, 16. Nov. (WB) Das Ministerium des Aeußern hat von der deutschen Botschaft folgende Mitteilung erhalten: 1. Die deutsche Sperrelinie ist aufgehoben. 2. Für den Bezug von Waren aus Deutschland ist keine Verpflichtungserklärung mehr notwendig. Dies gilt auch für die Durchführung durch Deutschland. 3. Die bisherigen Verpflichtungserklärungen treten außer Kraft. Die geleisteten Bankgarantien werden zurückgegeben. 4. Die von der deutschen Industrie für den Bezug und für die Verteilung von Waren aus Deutschland errichteten Büros setzen ihre Arbeit für Einberufenen mit den entsprechenden niederländischen Körperschaften fort. 5. Privatabkommen holländischer Abnehmer mit deutschen Lieferanten oder deren Vertreter werden durch das obenstehende nicht berührt.

London, 17. Nov. (WB) Reuter. Der deutsche Oberbefehlshaber in Ostafrika, General v. Bettow-Borbeck hat kapituliert.

### Heeresentlassung und Waffenstillstand.

Heimkehr der Jahrgänge bis 1879.

In einem vom Kriegsministerium ausgehenden Aufruf wird betont, daß nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der deutschen Flotte zugleich entlassen werden können. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden! Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsmöglichkeiten richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen. Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließend angeordnet, jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, zum Beispiel Gefangenenerhaltung, mühsamer Wartung, bis sie erledigt sind. Leute aus Etappen-Verbindungen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Raumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahrgängen 1898 und 1899 angehören. Wer an Unteroffizieren oder Mannschaften vom Truppenteil oder von seiner Erziehung ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Neben

## Rose Rosen.

Roman von G. Courts-Mahler.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Deshalb verlangte er auch nicht, daß sie ins Witwenhaus überföhren sollte. Nun wird es aber geschehen, und ich muß sagen, ich bin froh darüber. So wirst du sie wenigstens nicht häßlich um dich haben, wenn du in Ramburg bist. Oft genug wird sie ohnedies im Schlosse sein, aber sie hat wenigstens kein Heimatrecht mehr dort.

„Ja — und im Grunde muß sie doch Schloß Ramburg meinetwegen verlassen. Aus diesem Grunde könnte sie mir vielleicht grollen. Dann wäre es mir lieber, sie zeigte mir das ehrlich. Aber vielleicht sagt sie sich auch wieder, daß ich nichts dafür kann und zwingt sich deshalb zur Freundlichkeit mir gegenüber. Denn etwas Gezwungenes, Unnatürliches liegt unbedingt in ihrem Wesen mir gegenüber. Ich kann es mir nur auf diese Weise erklären.“

„So wird es auch sein. Versprich mir, Josta, daß du vorsichtig sein willst, und daß du ihr nichts anvertraust, was nicht jeder Mensch wissen darf.“

Josta lächelte. „Erstens bin ich sehr zurückhaltend und verschönere mein Vertrauen nur an Menschen, die mir im Herzen nahe stehen und dann — was sollte ich ihr anvertrauen? Ich habe keine Geheimnisse.“

„Er sagte ihre Hand.“

„Weißt du, daß du mir soeben etwas sehr Schönes gesagt hast?“

Sie sah ihn unbefangend fragend an.

„Was habe ich denn gesagt?“

„Daß du dein Vertrauen nur an Menschen verleiht, die dir im Herzen nahe stehen. Und du hast mich doch eben deines Vertrauens gewürdigt.“

Sie nickte froh.

„Ja, du siehst mir auch nahe, Henning. Du bist doch Rainers Bruder. Und er liebt dich so sehr.“

„Da muß ich dir doch auch gut sein. Und ich tue von Herzen, es fällt mir gar nicht schwer.“

„Er bröchte ihre Hand an seine Rippen.“

„Ich danke dir, Josta — und ich will mich immer deines Vertrauens würdig zeigen.“

Sie nickte ihm lächelnd zu.

„Das weiß ich. So — und nun habe ich dir keine Bilder mehr zu zeigen. Nun wollen wir wieder hinüber gehen.“

Damit schloß sie den Photographiekasten und hängte sich zutraulich in seinen Arm. Seite an Seite traten sie in den Rahmen der Tür. Rainer bläute auf und sah sie stehen, die jungen Gesichter noch ein wenig erregt.

Und er kam sich in diesem Moment so alt vor im Vergleich zu seinem Bruder, daß ihn ein tiefer Schmerz durchzuckte.

„Werde ich umstände sein, Josta glücklich zu machen? Das ist mir wichtiger, als mein eigenes Glück, denn ich liebe sie. Nicht mit der egoistischen, um jeden Preis begehrenden Liebe der Jugend, sondern mit der tiefen, ausopferungsfähigen Innigkeit des gereiften Mannes. Erst will ich an ihre Glück denken, dann an das meine.“ dachte er.

Biel hätte er darum gegeben, wenn Josta jetzt in diesem Moment an seine Seite getreten wäre, als wenn sie sich ihm zugehörig erklärte. Das sollte ihm eine Antwort sein auf seine heimliche Frage, ob sie an seiner Seite das Glück finden würde. Er sah sie an mit einem Blick, in dem sich all sein Hoffen und Wünschen konzentrierte. Er zog sie sozusagen mit seinem Blick zu sich heran.

Und da löste sie wirklich ihre Hand aus Hennings Arm und schritt schnell auf ihn zu, als könnte sie nicht anders. Er atmete tief auf, wie nach einer schweren Anstrengung.

„Wir haben uns drüben lange verplaudert, Henning und ich“, erzählte Josta. „Alle Bilder hat er sich von mir angesehen. Und dabei fanden wir auch eine Amateuraufnahme von dir, weißt du, das Bildchen, das Rama von uns aufnahm, als wir von meinem ersten Ritt heimkamen. Du bist vorzüglich getroffen auf diesem Bildchen — aber doch so winzig klein. Weißt du, daß ich noch gar kein richtiges Bild von dir besitze? Du mußt mir eines schenken, das nicht so klein ist.“

Diese Worte beglückten Graf Rainer sehr. Bore aber war alles Raagen. Es erschien ihm wie ein Reichen

des Himmels, daß sie gerade jetzt zu ihm gekommen war und um sein Bild bat. Er nahm ihre Hand und sah sie lächelnd an mit seinen warmen, gütigen Augen.

„Ich will gleich heute abend oder morgen früh nachsehen, ob ich noch irgendein wohlgetroffenes Konterfei von mir besitze. Das sollst du sofort erhalten, meine liebe kleine Josta.“

Seine Stimme klang sehr zärtlich, aber er hielt sich doch in der Gewalt. Und Josta fand seine Zärtlichkeit durchaus unelsthaft. Aber sie war froh, daß sie ihm nun in unverfänglicher Art die Bitte um das Bild ausgesprochen hatte, die ihr schon lange auf dem Herzen brannte.

Gräfin Gerlindes Augen hatten gesunken, als Josta mit Henning in so vertraulicher Haltung eintrat. Auch sie hatte gesehen, daß in den beiden jungen Gesichtern noch die Rote der Erregung stand. Aber als nun Josta neben Rainer stand und dieser so zärtlich zu ihr war, schloß sie einen Moment lang die Augen, als wollte sie das nicht sehen.

Aber auch Graf Henning sah mit einem seltsamen Gesicht auf das Brautpaar, und in seinem Herzen klang es laut und deutlich, was Josta ihm vorhin gesagt hatte: „Rein — ich liebe ihn nicht“, und: „Wir bringen einander unbegrenzte Hochachtung und herzliche Sympathie entgegen — sonst nichts.“

Diese Worte wollten ihn nicht mehr loslassen. Sie verfolgten ihn mit einer andäuten Hartnäckigkeit. Bald darauf brachen die beiden Brüder mit Gräfin Gerlinde auf.

„Gute Nacht, meine herzliche Josta“, sagte Graf Rainer zum Abschied zu seiner Braut und küßte ihr die Hand.

Josta lauschte auf dieses „herzliche Josta“ mit klopfendem Herzen.

„Ach, daß ich wirklich seine „herzliche“ Josta sein könnte, daß ich die andere Frau, die er im Herzen trägt, verdrängen könnte! Wenn ich nur wüßte, wer sie ist! Ob Henning etwas von ihr weiß? Und ob er es mit sagen würde, wenn ich ihn danach fragen würde? Henning ist mir wie ein lieber Bruder, ich habe so gar keine Scheu vor ihm, und er ist so offen. Vielleicht wage ich es später doch einmal, ihn zu fragen

# Das Schicksal der Kaiserfamilie.

Korfu oder Holland!

Als Tatsache steht bis jetzt nur fest, daß sich Wilhelm II. und der Kronprinz mit kleinem Gefolge in Holland befinden und zwar der erstere bei dem Grafen Bentinck und letzterer auf einer Insel des Südersee, da er in Hüllingenrad sich nicht sicher genug fühlte. Die Kaiserin und die Kronprinzessin mit ihren Kindern sind noch in Potsdam, jedoch nach einer Erklärung des KSK in Potsdam völlig frei in ihren Entschlüssen. Für eine etwaige Abreise ist beiden je ein Sonderzug bereitgestellt worden. Die Kaiserin wird sich voraussichtlich ebenfalls nach Holland begeben, ob zu dauerndem Aufenthalt, ist noch nicht gewiß, da nach einer Pariser Meldung der Kaiser um die Genehmigung zur Übersiedlung nach Korfu nachgehakt haben soll.

Die Kronprinzessin wird sich mit ihren Kindern wahrscheinlich nach Kopenhagen begeben, wo sie bei ihrer Schwester, der Königin von Dänemark, die gleich ihr eine geborene Herzogin von Mecklenburg ist, Aufnahme finden wird. Wie verlautet, soll sich auch ihre Mutter, die Großherzogin-Witwe Alexandra, in Dänemark aufhalten. Aber den zukünftigen Wohnsitz der Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses ist noch nicht Endgültiges festgestellt. Prinz Eitel Friedrich ist von der Front nach Potsdam gekommen und hat mit den Leitern des dortigen KSK die Angelegenheiten besprochen.

Der Marfiall und der kaiserliche Hofstaat sind von der neuen Regierung übernommen worden. Die Beamten und Angestellten sind vom KSK verpflichtet worden und werden die Inventarisierung der Bestände vornehmen. Der Hofstaat wird wie der Marfiall wohl dem Staatsoberhaupt der von der Nationalversammlung gewählten Staatsform zur Verfügung gestellt werden.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Um die Schwierigkeiten in der Übergangswirtschaft möglichst zu verringern, haben die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften eine Reihe von Vereinbarungen getroffen. So sollen alle aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitnehmer sofort wieder in ihre alten Stellungen eintreten. In jedem Betrieb mit mindestens 60 Beschäftigten wird ein Arbeiterausschuß eingerichtet. Der Achtstundentag wird allgemein eingeführt. Verdienstminderungen aus dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht eintreten.

Bezüglich der augenblicklichen Reichsverfassung sei bemerkt, daß wir keinen Reichskanzler mehr haben, Ebert selbst sich auch diese Bezeichnung nicht mehr beilegt. Es existiert jetzt lediglich ein Kollegium von sechs gleichberechtigten Ministern, die ihrerseits Ebert und Saase zu Vorstehenden gewählt haben.

Zur Regelung der amerikanischen Lebensmittelzufuhr hat sich der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover nach Europa begeben. Er soll die Zufuhr nach Frankreich, Belgien, den Mittelmächten und dem nahen Osten regeln.

### Osterreich.

In einer neuen Note an Wilson wird diesem von der Errichtung der deutsch-österreichischen Republik Mitteilung gemacht. Ferner wird darin die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Osterreich auf Wiederherstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen wird. Der Präsident wird ersucht, baldmöglichste Gelegenheit zu Verhandlungen über einen Präliminarfrieden zu bieten. Endlich wird Wilson um Sendung von Nahrungsmitteln zur Verhinderung einer Hungerkatastrophe gebeten.

### Rußland.

Das Blutgericht der Sowjets arbeitet weiter. So gibt die Sowjetregierung jetzt bekannt, daß der Tod des Kommissars Wolodost mit dem Erschießen von 500 und der Tod Grikis mit dem von 550 Bürgern aus Petersburg gerächt wurde. Ein Teil der Opfer wurde in Petersburg selbst erschossen, ein anderer nach Kronstadt geschickt. Die Matrosen werden jedoch die Opfer schon unterwegs ins Meer. Es wurden Hunderte von Leichen vom Meer aus Ufer gespült.

### Polen.

Zu heftigen Kämpfen und blutigen Auseinandersetzungen ist es unter der polnischen Bevölkerung in Radow gekommen. Die Polen haben zwei Parteien gebildet, von denen jede die Oberhand behalten möchte. Während der sich abspielenden blutigen Vorgänge wurden alle Magazine ausgeplündert. Der Bödel raubte auch 9000 Gewehre und bedroht das Leben der friedlichen reicheren Bevölkerung. Der Bolschewismus breitet sich in Polen aus.

### Ukraine.

Auf eine Wiedervereinigung mit Rußland deutet eine Botschaft des Hetmans an das ukrainische Volk hin. Dieser weist darin auf die bevorstehende Wiederherstellung Rußlands als Föderativstaat hin und erklärt, daß die Ukraine als Glied in diesen Föderativstaat eintreten werde. Zugleich hat der Hetman ein neues Ministerkabinett ernannt mit dem bisherigen Verpflegungsminister Gerdel als Ministerpräsidenten.

### Aus In- und Ausland.

Gen, 16. Nov. Der Bundesrat hat ein Einwanderungsverbot erlassen für ehemalige Soldaten der Mittelmächte, die vor dem Kriege in der Schweiz gewohnt haben.

Krajan, 16. Nov. Die Gesandten in Lemberg dauern an. Man erwartet den Jussug weiterer polnischer Truppen, namentlich aus Lublin. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist groß. Auf beiden Seiten sieht man viel nach Frauen und Mädchen mit Feuerwaffen Dienst machen.

Woskau, 17. Nov. Die Bolschewisten haben, wie bekannt, Tausende von Bürgern als Geiseln verhaftet und bisher in den Gefängnissen festgehalten. Es wurde beschlossen, nach einigen Wochen diese Geiseln aus den Gefängnissen zu entlassen, sie aber sofort durch neue zu ersetzen, so daß in den Gefängnissen dieselbe Zahl verbleibt.

Warschau, 17. Nov. In Brzempol ist eine große Hungersnot ausgebrochen. Die Polen haben zwar die Stadt besetzt, aber die Umgebung befindet sich in russischen Händen, wodurch die Zufuhr der Lebensmittel vollständig abgebrochen ist.

Sintgart, 18. Nov. Die württembergische Regierung hat eine allgemeine Amnestie erlassen, ausgenommen sind Räuber, Kleingeld- und Steuerstrafen.

## Vom Tage.

### Die Bewegung im Reiche.

Zur Bewegung im Reiche gingen uns noch folgende Nachrichten zu:

**Roßburg.** Alle Abgeordneten des Landtags treten für den Anschluß des Herzogtums Roßburg an die Republik Bayern ein.

**Rudolstadt.** In der außerordentlichen Sitzung des Landtages vom 15. November gab der Staatsminister die Erklärung ab, daß der Fürst bereit sei, die Regierung niederzulegen, sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen seien.

**Bückeburg.** Der Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe hat am 15. November für sich und sein Haus dem Thron entsagt und alle Beamten von dem ihm geleisteten Treueid entbunden. Der KSK in Bückeburg hat die Regierung im Lande übernommen. Das Ministerium ist zurückgetreten, verzieht aber vorläufig die Geschäfte weiter.

**Der Bundesrat behält seine Verwaltungsbefugnisse.**

**Berlin, 16. Nov.** Der Reichsminister veröffentlicht folgende Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über die Ermächtigung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen:

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reichs zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

§ 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verordnung in Kraft.

### Weitere Milderung des Waffenstillstandes.

**Gen, 16. Nov.** Aus Paris wird gemeldet, daß weitere Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen durch die Alliierten zugesprochen werden.

### Besprechungen über das Eisenbahnmateriale.

**Gen, 16. Nov.** Heute nachmittag 3 Uhr begannen in Armanvillers die Besprechungen zwischen Vertretern der französischen Heeresleitung und deutschen Vertretern über das auszuliefernde Eisenbahnmateriale.

### Reine Kriegsschadung — billiger Schadenersatz.

**Lugano, 16. Nov.** Der „Corriere della Sera“ meldet, die Alliierten wären dahin übereingekommen, auf jede Kriegsschadung zu verzichten. Die Schadenersatzforderungen sollen nach Billigkeitsgründen bemessen werden.

### Amerikanische Lebensmittellieferungen für Deutschland.

**Wash., 16. Nov.** Der amerikanische Staatssekretär Lansing kündigte im Senat die Bereitschaft an, Kredite für die Lebensmittellieferung Deutschlands zu bewilligen.

### Das Schicksal der deutschen Kriegsschiffe.

**London, 16. Nov.** „Daily Mail“ berichtet, daß die endgültige Entscheidung über die abgelieferten deutschen Schiffe auf der Friedenskonferenz getroffen werden wird.

### Zur Besetzung von Köln, Koblenz und Mainz.

**Stockholm, 16. Nov.** Meldungen aus Paris besagen, daß die Besetzung von Köln, Koblenz und Mainz am 12. Dezember erfolgen wird.

### Frankreich stimmt einem Präliminarfrieden zu.

**Gen, 16. Nov.** Die französische Regierung hat dem deutschen Wunsche nach einem Präliminarfrieden zugestimmt.

### Übergangsbedingungen für die deutschen U-Boote.

**Wilhelmshaven, 16. Nov.** Heute früh ist von der englischen Flugstation Rosnath in Wilhelmshaven ein Fraktor des Admirals Peurer eingegangen, in dem die Bedingungen über die Übergabe der deutschen U-Boote an England mitgeteilt werden. Es heißt darin u. a.: Die deutschen U-Boote sollen in Flottillen von rund 20 Booten an Tagen fahren, die von britischen Flottenbefehlshabern den deutschen Flottenbefehlshabern mitgeteilt werden. Ein Transportschiff, die deutsche Flagge führend, soll die U-Boote begleiten, um ihre Beladung nach Deutschland zurückzuführen. Der hiesige Soldatenrat der U-Boote-Flottillen erklärt, daß die Mannschaften bereitwillig Dienst bei der Überführung tun werden. Zahlreiche freiwillige Meldungen liegen vor.

### Wohlfühlverteilung durch den Friedenskongress.

**Bras., 16. Nov.** Aus sibirischer Quelle verlautet, die Entente wolle auf dem Friedenskongress die allgemeine Wohlfühlverteilung nach einem bestimmten Schlüssel durchführen. Die Vorratshülle sollen aufgegeben und der Grundbesitz der offenen Tür in allen überseischen Gebieten zur Verfügung gebracht werden.

### Polnische Pläne.

**Breslau, 16. Nov.** Wie die Schlesische Zeitung aus Polen erfährt, beabsichtigen die Polen am 2. Dezember in Polen eine Nationalversammlung abzuhalten und Polen als zum polnischen Staat gehörig zu proklamieren. Falls die polnischen Übergriffe, die offiziell abgelehnt werden, andauern, wird man in Berlin die Bildung freiwilliger Abwehrtruppen in Erwägung ziehen.

### Die Deutschen in der Türkei.

**Gen, 16. Nov.** Die deutsche Regierung, unterzeichnet vom Reich, hat an den amerikanischen Staatssekretär Lansing eine Note gerichtet, in der es heißt: Laut Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen sollen alle bürgerlichen Personen deutscher Nationalität das Osmanische Reich sofort verlassen. Die buchstäbliche Erfüllung dieser Bedingung würde große Härten mit sich bringen, und dadurch würde es neue Leiden für die christliche Bevölkerung im osmanischen Reich geben. Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten Wilson um seine Vermittlung, für die bürgerlichen Deutschen im osmanischen Reich weitere Aufenthaltserlaubnis zu erlangen.

Die Freiheit, das neue Organ der Unabhängigen, meldet: Die russische Regierung richtete an Liebknecht ein Telegramm, in dem sie ihm Mitteilung macht von dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Revolution in Rußland hervorgerufen habe, und zugleich die Absicht ankündigt, 50 000 Rub (ein Rub = 32 Pfund) Mehl an das revolutionäre Deutschland zu liefern.

Wird sie die Absicht auch — ausführen können, da in ihrem eigenen Lande ein Brot nahezu 20 Rubel kostet?

Auch unsere Konservativen scheinen sich allmählich mit den neuen Verhältnissen abfinden zu wollen. Zwei führende Vorkämpfer der Partei, die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ haben Änderungen an ihrem Kopf vorgenommen. Ersterer hatte als Leitspruch um das Eiserne Kreuz die Worte „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ und die „Deutsche Tageszeitung“ führte als Motto „Für Kaiser und Reich“. Der Leitspruch der „Kreuzzeitung“ ist nun der Bildfläche verschunden und das Motto der „Deutschen Tageszeitung“ ist „Für das deutsche Volk“ geändert....

Prinz Max von Baden hält es für nötig, seiner kurzen Kanzlerschaft ein langes Nachwort zu widmen. Es ist dies eine Rede, die er vor der badischen Ersten Kammer halten wollte. Und da diese unanft geschlossen wurde, haben ihm die „Preussischen Jahrbücher“ ihre Forten geöffnet. Der Prinz erzählt, daß seine erste (und einzige) Tat als Kanaler

hat erdält einen Entlassungsantrag, ferner 15 März fürschied, soweit es notwendig ist.

### Ordnung der Offizierbefehlsgewalt.

Es sind Befürchtungen laut geworden, die Volksherrschaft wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wiederherstellen. Die Regierung erklärt deshalb, diese Befürchtung sei unbegründet und sagt:

Die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt sind nicht bindend. Mit ihnen wird vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat die regellose Zurückfallen der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung einer planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. Bei der Marsch ist die rasche und sichere Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen von entscheidender Bedeutung.

Deshalb ist die Mitwirkung der Offiziere mit ihren militärischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollen die getroffenen Maßnahmen dienen. Dabei ist die Voraussetzung, daß die Offiziere im Einklang mit den Soldaten handeln. Daran soll nichts geändert werden. Pflicht der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über unser Land hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt an dem Kriegsministerium unterstellt, dessen Weisungen ihnen die militärischen Kommando- und Befehlsgewalt zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterliegen der Kontrolle des Volkstagsrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

### Englisch-deutsche Zusammenkunft auf See.

Das Reuterische Büro erzählt, daß der deutsche Kreuzer „Königsberg“ Sonnabend nachmittag mit britischen Kriegsschiffen zusammentraf. Er wird zu einem Punkte auf See abortiert werden, wo die deutschen Delegierten ihre Schiffe verlassen und sich auf die britischen Kriegsschiffe begeben werden, um dem Admiral Beatty die deutschen Vorschläge für die Durchführung der auf die Seestreitkräfte bezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes vorzulegen.

### Franzosen und Amerikaner im Elsf.

Der offizielle Einzug der französischen Truppen in Straßburg soll Montag, 18. November stattfinden. Der französische Präsident Poincaré und der Ministerpräsident Clemenceau sind nach Elsfah-Rothringen gereist.

Sonnabend, 16. November ergriffen französische und amerikanische Truppen Besitz von den Forts von Metz. Die deutschen Truppen haben jetzt tatsächlich das französische Gebiet geräumt, mit Ausnahme einiger kleiner Truppenteile, die in der Gegend von Givet zurückblieben.

Deutsche Zivil- und Militärdelegierte werden sich heute nach Nancy begeben, um dort mit den französischen Militärbehörden und mit dem neuen Präfekten für Metz Besprechungen über die Übernahme der verschiedenen Dienststellen in Elsfah-Rothringen abzuhalten.

Der KSK Mannheim war wegen der Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen dem rechten und linken Rheinufer während der Besetzung des linken Rheinufers nach dem Feind beim Auswärtigen Amt in Berlin vorgeht geworden. Darauf erwiderte das Auswärtige Amt: Wir verhandeln mit dem Feinde über die Festlegung der Einzelheiten des Waffenstillstandes und bringen dabei auch Milderungen der Bedingungen. Wir verlangen insbesondere, daß der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer ungestört bleibt und in wirtschaftlicher Beziehung zwischen dem rechten und linken Rheinufer keinerlei Änderung eintreten darf.

### Verhinderung polnischer Gewalttätigkeiten im Osten.

Die Polnische Presse-Agentur teilt über die angeblichen Angriffe auf Polen und Oberschlesien folgendes mit:

Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerüchten von einer Bedrohung der gar einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist.

Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch böswillige Ausbreitung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Anfeindungen zu stiften. Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern über strittige Fragen soll nicht das Werk gewalttätiger Handtätigkeiten, sondern das Ergebnis friedlicher, im Geiste der Versöhnung getragener Verhandlungen sein.

### Weitere Nachrichten.

**Berlin, 16. Nov.** Die Blättermeldung, daß nicht die „Schlesien“, sondern das „Dienstadt“ Schleswig-Holstein vertrieben sei, ist unzutreffend. Beide Schiffe befinden sich wohlbehalten im Hafen.

**Frankfurt a. M., 16. Nov.** Die Frankf. Stg. schreibt: Der Großadmiral v. Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

**Frankfurt a. M., 16. Nov.** Um Ordnung und Disziplin unter den Kriegsgefangenen aufrecht zu erhalten, hat sich bei der Inspektion der Kriegsgefangenen des 18. Armeekorps ein Soldatenrat gebildet. Dieser Soldatenrat ist lediglich als Berater der Behörden zu betrachten. Die bisherigen Vorsetzer werden weiterhin ihren Dienst.

**Düsseldorf, 16. Nov.** Wie der KSK, mittels des Staatskommissar für die Demobilisierung das Verlassen des linksrheinischen Gebiets und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheins verboten, angenommen sind Arbeiter- und Berufsvereine.

**Gen, 16. Nov.** Die bisher über die holländische Bewegung gegangenen deutschen Soldaten kamen in geordnetem Zustande. Es würden weitere 11 000 Mann erwartet.

**Rotterdam, 16. Nov.** Der holländische Minister des Innern teilte mit, daß beschlossen wurde, die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten in Holland sofort in ihre Heimat zurückzuschicken.

**Paris, 16. Nov.** Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Jahrgänge 1887, 1888 und 1889 entlassen und heimgeführt werden.

**Mosk., 16. Nov.** Die deutschen Truppen dürfen bis zur Bildung einer ukrainischen Armee im Lande bleiben.

nach der Frau, der seines Bruders Liebe geübt,“ so sagte sie.

Graf Penning wußte jedoch so wenig, wie andere Menschen von seines Bruders Heiratsroman mit der ehemaligen Prinzessin Helene. Er wußte nur, daß Rainer lange Jahre eine unglückliche Neigung mit sich herumgetragen hatte. Der Name der betreffenden Dame war ihm fremd geblieben.

(Fortsetzung folgt.)

gar nicht seine Lat war. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot sei ihm für und fertig vorgelegt worden und er habe es unterschrieben, trotzdem er dagegen war — weil Ludendorff es gewünscht. Für das Jögern des Kaisers in der Abdankungsfrage macht er „gewaltige Einflüsse“ verantwortlich und seinen Nachfolger Ebert charakterisiert er als einen Mann reinen Willens. Die Rettung unseres Volkes erblickt er in einer schleunigen Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, denn „unürprierte Nacht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht“. Der Prinz schließt: „Gebet der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Ja, daß gebe der Himmel — — —

## Aus Nah und Fern.

### Dank, Dank dir, deutsches Heer.

Von Rudolf Herzog.

Heimkehrer, keine Kirchenglocken dröhnen,  
Kein Mädchenkranz schlingt euch den Rosenreigen,  
Kein Festpokal bringt Dank den Heldenjähnen,  
Ihr kommt zur Nacht — die Heimat liegt in Schweigen.

Das wundgeriffne Herz in Bann geschlagen,  
Den Mund, der oft euch sang, vom Weh verbittert;  
Er quält sich ab, er will ein Wort euch sagen,  
Bis „Heimat — Heimat!“ von den Lippen zittert.

Greift auf das Wort! Es ist das tiefste Danken  
Für euch, der Heimat blutende Bekenner.  
Ihr kommt zur Nacht, Still wie der Arzt zum Kranken,  
Und in den Morgen wachsen — deutsche Männer.

Herborn, den 18. November 1918.

\* Dem Postagenten Friedrich Wilhelm Berns zu Bicken ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen worden.

\* Mit Rücksicht darauf, daß in diese Woche der Fuß- und Betttag fällt, erfährt die Lebensmittelversorgung eine Aenderung. Ebenso beginnt die Nährarbeit für die Weihnachtsbescherung der Kriegerangehörigen nicht Mittwoch, sondern am Donnerstagabend 8 Uhr im Rathausaal.

\* Am Samstag, den 16. November fand dahier im Saal des Nassauer Hofes eine größere Versammlung statt, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat einberufen war. Die Versammlung war aus allen Ständen der Stadt besucht und nahm einen würdigen Verlauf. Der Vorsitzende Christian Reuter eröffnete die Versammlung, indem er die Erschienenen begrüßte; er gab sodann bekannt, daß die am 12. d. Mts. abgehaltene Versammlung als nichtig von dem Vorstand erklärt werde. Vom Soldatenrat sprach dann Kamerad Gohmann; er betonte den Ernst der Lage, warnte vor Bolschewismus und brachte zur Kenntnis, daß gegen Zwangsmaßnahmen unumsichtiglich verfahren werde. Das Wort erhielt dann Prof. D. Knodt, der in herzlicher und ernster Weise auf die Frage Antwort gab: Was brauchen wir jetzt? Helles Auge, ein weites Herz und ein enges Gewissen. Die klaren, gediegenen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen. Darauf wurde Prof. D. Haufen das Wort erteilt. Am die Beratungen zu einem praktischen Ergebnis zu führen, schlug er vor, eine Resolution (Entschließung) anzunehmen und gab zu jedem Punkt der Entschließung eine eingehende Begründung, die auf den Boden der gegenwärtigen Ordnung sich stellend, ebenfalls allgemeinen Beifall fand. Die Entschließung lautet:

„Die in großer Zahl heute Abend, den 16. November im Saal des Nassauer Hofes versammelten Bürger und Bürgerinnen der Stadt Herborn geloben mit Tatkraft mitzuhelfen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten, wie die der Ernährung, des Rücktransports unserer Truppen, des Wiederbeginns geordneter Arbeitsverhältnisse ohne jede Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit überwunden werden und wendet sich an alle Einwohner der Stadt, in diesem Sinne mittätig zu sein;

sie bitten, daß alle Stände bei der Leitung der Stadtverwaltung mitwirken und solche Männer, die das Vertrauen der Bürger besitzen, zu einem Bürgerausschuß berufen werden, der mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Sicherung von Leben und Eigentum Hand in Hand geht;

sie bitten dahin wirken zu wollen, daß baldigst eine deutsche Nationalversammlung berufen werde, um die gesetzliche Grundlage für jede Neuordnung zu schaffen;

sie bitten schließlich, daß die heimkehrenden Krieger in ehrenvoller und ihrer Leistungen und Opfer würdiger Form empfangen werden.“

Die Versammlung gab durch ihren Beifall ihre Zustimmung zu erkennen. — Es wurden sodann auf Vorschlag von H. Ruhn noch einige Ausschüsse gebildet, die in Verbindung mit unserer Stadtverwaltung die Geschäfte weiter führen. Bürgermeister Virkendahl versprach tätige Hilfe und dankte für die Anerkennung, die der seitherigen Arbeit gezollt wurde. — Um 10 Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

\* Bei den Beschränkungen der Verkehrsverhältnisse auf der Strecke Siegen-Köln kommen die beiden D-Büge 81 und 82 in Betracht, welche von heute ab vorläufig ausfallen, und ebenso der Personenzug 637, welcher zwischen Dillenburg und Betsdorf verkehrt (ab Dillenburg 11,18 Uhr vorm.) Alle anderen Büge verkehren bis auf weiteres wie bisher.

\* (Postalische.) Da von heute ab die Büge D 81 und 82 zwischen Siegen und Hagen fortfallen, wird die letzte wertvolle Abendungsgelegen-

heit für Briefe nach Frankfurt und darüber hinaus der Zug 638 ab Herborn 7,15 Uhr. Briefe für diese Post müssen spätestens um 7 Uhr im Briefkasten am Posthaus aufgegeben werden. Die Briefkastenleerung zwischen 7 und 8 Uhr fällt fort. Der Briefe am nächsten Morgen mit den Frühzügen abgeschickt haben will, trägt sie zweckmäßig zum Postamt. Hierbei muß der Aufsteiger jedoch in Rechnung ziehen, daß um 5 1/2 Uhr nachmittags bereits die letzte wertvolle Kastenleerung beginnt, er also, je nachdem sein Kasten geleert wird, schon von 5 1/2 Uhr ab die Briefe am Posthaus einliefern muß. — Die Nachmittagsbriefbestellung beginnt von heute ab um 3 Uhr nachmittags.

\* (Stadttheater Siegen.) Da am Mittwoch, den 20. November starker Besuch unserer Vorstellungen von auswärts zu erwarten steht, so findet an diesem Tage eine Nachmittags-Vorstellung statt, und zwar gelangt die hiesige Operette „Drei alte Schachteln“ zur Aufführung.

\* (Rohstoffe ins Land.) Bei all den Hilferufen an die Adresse Amerikas hat man bisher fast ganz die Sorge auf die Ernährung und auf die Aufrechterhaltung der Transportmittelgelegenheiten gerichtet. Dabei scheint die Rohstofffrage bisher zu kurz zu kommen und doch ist sie nicht minder wichtig. Wenn uns daran liegt, die Produktion und damit die wirtschaftliche Gesundung wieder in Gang zu bringen, wenn wir nicht auf die Dauer von Lebensmittel-Misosen des Auslandes leben wollen, so brauchen wir vor allen Dingen Rohstoffzufuhren, und sofern das Ausland nicht unsere Vernichtung will, muß es die Produktionsleistungen auch auf diese Gegenstände des gewerblichen Bedarfs ausdehnen. Erst die Hergabe von industriellen Rohstoffen aller Art würde der angekündigten amerikanischen Hilfeleistung ihren vollen Wert geben. Man kann nicht damit bis zu den Friedensverhandlungen warten, geschweige denn bis zu deren Abschluß. Die dringendsten Bedarfswaren müssen sofort alle hereinkommen, und dies zu erreichen, sollte als eine der dringlichsten Aufgaben der neuen Reichsregierung betrachtet werden. (Hff. Btg.)

\* (Demobilisierung auf dem Ledermarkt.) Man schreibt der „Hff. Btg.“: „Damit die aus dem Heere entlassenen Schuhmacher möglichst sofort Beschäftigung finden, sollen sie fürs erste eine gewisse Menge Leder aus den 470 hierfür in 73 Handwerkskammerbezirken errichteten Lägern durch den berufsmäßigen Handel zugeführt erhalten. Dies ist eine gewaltige Aufgabe, denn für 235 000 heimkehrende Arbeitskräfte sind 3 Mill. Pfund Sohlleder im Werte von etwa 13 Mill. Mk. bereitzustellen. Außerdem soll den Lägern auch etwas Oberleder zugewiesen werden, so knapp wir auch daran sind. Eine gleiche Maßnahme ist für die heimkehrenden Sattler beschloffen worden. Wie man hört, wird die Kriegsleder- u. G. den weitaus größten Teil dieses Leders liefern.“

\* (Die Kriegsbeschädigtenversorgung.) Wie der „Vorwärts“ berichtet, steht eine völlige Neuordnung des gesamten Kriegsbeschädigten-Versorgungswesens auf reichsgesetzlichem Wege bevor. Das Mannschafteversorgungsgesetz von 1906 soll von Grund auf umgearbeitet und nach sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden, ferner ist die Einführung des gesetzlichen Beschäftigungszwanges zugunsten der Kriegsbeschädigten geplant. Die Kriegsfürsorge soll künftig dem Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Erich Roshmann, wurde in die Zentrale der amtlichen Fürsorge berufen. Köln, 15. Nov. Laut „Rhein. Btg.“ hat ein Explosionsunglück in Köln-Wahn 200 Todesopfer gefordert.

Frankfurt. Nachdem Frankfurt als neutrale Zone bestimmt worden ist, müssen alle hier in Garnison liegenden Soldaten herausgezogen werden, und zwar bis zum 9. Dezember. Sie werden in ostwärts angrenzenden Gebieten untergebracht. Verwaltungsbetriebe, ebenso wie Lazarette, ferner Mannschaften, die entlassen sind, gleichviel ob sie sich noch in militärpflichtigem Alter befinden, bleiben in Frankfurt. Der Sinn der Bestimmungen ist lediglich der, irgendwelchen Kämpfen vorzubeugen. Die Demobilisierungsarbeiten erfahren keinerlei Störung und können ruhig ihren Fortgang nehmen. Soldaten, die entgegengekehrt der Verfügungen handeln, laufen Gefahr, interniert zu werden. Alle insolge der Umwälzung hierher gekommenen Mannschaften, die Frankfurter sind, werden erlucht, sich an das Generalkommando zu wenden. Jeder Soldat, dessen Erziehungsbataillon augenblicklich noch erreichbar ist, hat sich dort zur Klärung seiner Versorgungsansprüche zu melden.

Bonn. Der Direktor der medizinischen Klinik, Geheimrat Prof. Adolf Schmidt, hat sich durch einen Stich ins Herz das Leben genommen. Er hat in einem hinterlassenen Brief erklärt, er habe den Zerfall und die Schmach Deutschlands nicht überleben können.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

## Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

### Bekanntmachung.

Die Zahlung für die an die Firma Hattenbach u. Komp., hier, bis zum 31. Oktober abgelieferten Getreidemengen wie Roggen, Weizen, Gerste und Hafer kann jetzt auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses jederzeit in Empfang genommen werden.

Des Weiteren wird aufmerksam gemacht, daß die folgenden Futtermittel: Schilfrohmehl, Strohmehl, Akechülfen und Knochenstrot wieder am Lager sind und ausgegeben werden.

Herborn, den 18. November 1918.

Der Wirtschaftsausschuß I: Rückert.

## Lebensmittelversorgung.

Am Dienstag Ausgabe der neuen Fettkarten auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses nach den Nummern der Fleischkarten:

Nr. 1-600 von 8-12 Uhr

601 ab " 2-5 "

Die abgelassenen Mittelstücke sind mitzubringen.

Am Donnerstag und Freitag Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses nach den Nummern der Fleischkarten:

Am Donnerstag von 8-12 Uhr Nr. 1-300

" 2-5 " " 301-600

" Freitag " 8-12 " " 601-900

" " 2-5 " " 901 ab

Die alten Lebensmittelkarten sind abzugeben.

Am Samstag Verkauf von Teigwaren gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 1 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1-800 Friedr. Zipp

" 801-1600 Oskar Doehnd

" 1601-2400 Friedr. Bähr

" 2401-3200 Gust. Meckel

" 3201-4000 Kaisers Kaffee-Gesellschaft

" 4001 ab Konsum Sandweg.

Am Dienstag, und Donnerstag von 5 bis 7 Uhr werden in der Turnhalle Heringe verkauft gegen Abschnitt 22 der Haushaltskarten.

Dienstag von 1-600, Donnerstag von 601 ab.

Die Ausgabe der Kindernährmittel ist statt Freitag, Samstag von 3-4 Uhr.

Alle Frauen und Mädchen, welche bereit sind, bei den Nährarbeiten für die diesjährige Weihnachtsbescherung der Kriegerangehörigen wieder mitzuwirken, werden hiermit auf Donnerstag, den 21. d. M., abends 8 Uhr in den Rathausaal ergebenst eingeladen.

Die Bezugschein-Ausgabe Dienstag und Donnerstag fällt aus.

Herborn, den 18. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkenbahl

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Sprechstunden:

nachmittags von 3-6 Uhr

aufser Samstags und Sonntags.

Weniger,  
Rechtsanwalt u. Notar.

## An- und Verkaufs-Genossenschaft.

Zur Frühjahrsdüngung (Kopfdüngung) werden Bestellungen in Schwefel, Ammoniak, Ammoniak-Supperphosphat bis zum 25. ds. Mts. vom Rechnungsführer entgegengenommen.

Der Vorstand.

## Futterschneidmaschinen,

32 cm Schnittbreite, sofort lieferbar.

Herborner Pumpenfabrik.

## 20 tüchtige Maurer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Friedrich Neuburger, Baugeschäft,  
Siegen, Jahnstr. 4.

### Suche

jüngere und ältere

## Dienstmädchen.

Frau Karoline Simon,  
gewerbsm. Stellenvermittl.,  
Herborn, Hauptstr. 94.

### Gefunden:

Eine Damenhandtasche mit

Schlüssel.

Die Polizei-Verwaltung.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, 20. Nov. 1918

Landes Fuß- u. Betttag.

Herborn:

10 Uhr: Hr. Dekan Prof.

D. Haufen.

Lieder: 167, 284

Kollekte f. die Kinderschule.

2 Uhr: Hr. Pfr. Conrad

Lied: 278

Kollekte f. die Kinderschule.

Abends 8 1/2 Uhr:

Berfamml. im Vereinshaus

Amdorf:

4 Uhr: Hr. Pfr. Conrad

Hörsch:

2 Uhr: Hr. Pfr. Weber

Heil. Abendmahl.

## Ordentl. Junge

kann sofort in die Lehre treten.

Friedr. Seifler, Sattler,  
Herborn.

## Evang. Kirchenchor.

Dienstag abend 8 1/2 Uhr:

Probe für Totenfest.

Gesamtchor.

Niemand darf fehlen!

Präparanden-Anfall.